

Werden Sie dafür eintreten, dass alle neuen Investitions- und Handelsverträge der EU sanktionsbewehrte Bestimmungen zu Menschenrechten, Umwelt- und Klimazielen enthalten, dass Antikorruptionsklauseln eingearbeitet sind und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit hergestellt wird?

In allen Handels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen der EU werden zukünftig neben verbindlichen sozialen Standards wie die ILO-Kernarbeitsnormen sowie menschenrechtliche und ökologische Standards auch konkrete Beschwerde- und Sanktionsmechanismen vereinbart. Es sollen zudem öffentliche Streitschlichtungsmechanismen geschaffen werden, die zu Transparenz beitragen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland zur Bekämpfung der Corona-Pandemie die Forderung nach Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte auf Impfstoffe und medizinisches Material (Trips Waiver) unterstützt?

Die Corona-Pandemie führt weltweit zu unsäglichem, millionenfachem Leid, zu Überlastungen im Gesundheitssystem und dies vor allem in den ärmsten Ländern unserer Welt. Im Bewusstsein für unsere globale Verantwortung unterstützt die SPD- Bundestagsfraktion die Gespräche um die TRIPS-Waiver-Initiative. Die Pandemie kann nur weltweit besiegt werden. Deshalb sollten Impfstoffe auch als globale öffentliche Güter betrachtet werden. Wir setzen gleichzeitig auch auf freiwillige Kooperationen mit einzelnen Herstellern, um einen möglichst schnellen Technologietransfer zu gewährleisten. Außerdem setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass die COVAX- Initiative zu einem Erfolg geführt wird.

Werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung für mehr Transparenz zu Handelsfragen in den EU-Gremien sorgen? Stehen Sie dafür ein, dass die neue Bundesregierung ihre dort vertretenen Positionen – inklusive der Haltung zu Investitions- und Handelsabkommen – öffentlich darlegt?

Die Regeln des Informationsfreiheitsgesetzes müssen in vollem Umfang eingehalten werden, ebenso die fortlaufenden Informationsrechte gegenüber dem Deutschen Bundestag. Vor dem Abschluss von Handelsabkommen auf europäischer Ebene muss die Öffentlichkeit informiert werden.

Der Energiecharta-Vertrag (ECT) ermächtigt Energiekonzerne, mit Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) den Ausstieg aus fossilen Energien auf Jahrzehnte zu behindern und den Klimaschutz um Milliardenbeträge zu verteuern. Halten Sie eine solche Machtfülle in den Händen von Konzernen für richtig?

Mit dem Energiecharta-Vertrag wurden Investitionen im Energiesektor in der EU mit den angrenzenden osteuropäischen Staaten völkerrechtlich neu geregelt. Vom darin u.a. geregelten Schutz von Auslandsinvestitionen hat Deutschland in der Vergangenheit profitiert, und er kann auch Investoren von erneuerbaren Energien und damit einer Verbreitung der Technologien nützen. Diese Rechtssicherheit ist immer erst einmal positiv zu bewerten. Europapolitisch zweifelhaft sind die Schiedsklauseln vor allem im Verhältnis zwischen EU-Staaten, da diese bereits in einem stark verrechtlichten Binnenmarkt miteinander verbunden sind.

Über eine Million Bürger:innen und mehr als 400 zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Energiecharta-Vertragsstaaten haben sich für den

Ausstieg aus dem ECT- Vertrag ausgesprochen.

Werden Sie sich dieser Forderung anschließen?

Grundsätzlich ist die Rechtssicherheit gerade mit Blick auf die Transformation des Energiesystems zu begrüßen. Aber der Vertrag sollte dafür grundlegend reformiert werden. Er muss sich am Ziel der Klimaneutralität orientieren: Das heißt kein Schutz mehr für fossile Investitionen, sondern Rechtssicherheit für erneuerbare Energien.

CETA untergräbt die Demokratie. CETA-Ausschüsse können ohne parlamentarische Beteiligung Beschlüsse zu zentralen Vertragsinhalten fassen, die für die EU-Staaten verbindlich sind. Was werden Sie in der neuen Legislaturperiode gegen diese Entmachtung der Parlamente tun?

Die Aussage, dass die CETA-Ausschüsse ohne parlamentarische Beteiligung Beschlüsse zu zentralen Vertragsinhalten treffen können, trifft nicht zu. Dem Deutschen Bundestag werden die beabsichtigten Beschlussfassungen der Ausschüsse vorgelegt und dieser kann jeweils Stellung nehmen. Die Bundesregierung muss die Stellungnahme berücksichtigen.

Im CETA sind die Pariser Klimaziele nicht verankert. Das Geschäft mit fossilen Energien wird bereits jetzt schon durch ein zwischenstaatliches Schiedsgericht geschützt und nach der Ratifizierung auch durch Investorenklagerechte (ICS). Werden Sie gegen die Ratifizierung von CETA stimmen?

Es sind noch Verfahren gegen CETA beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Aus Respekt vor dem höchsten deutschen Gericht wird sich die Frage nach einer Ratifizierung erst nach einer entsprechenden Entscheidung stellen.

Das EU-Mercosur Abkommen steht vor allem wegen seiner Auswirkungen auf das Klima, die biologische Vielfalt und die Menschenrechte in der Kritik. Teilen Sie diese Kritik und werden Sie sich auf EU- und Bundesebene gegen die Ratifizierung des Abkommens einsetzen?

Das Abkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR-Staatenverbund ist ein wichtiges Projekt, um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu festigen. Einem Abkommen ohne Stärkung der Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialstandards durch zusätzliche verbindliche und sanktionierbare Überprüfungs-, Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen werden wir aber nicht zustimmen.